

Der Weg in eine grüne Zukunft

Fraktionsbeschluss vom 7. Oktober 2025

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Lebensgrundlagen im 21. Jahrhundert. Und Klimaschutz ist die größte Chance, die wir haben, auf Wohlstand und wirtschaftliche Stärke, auf Unabhängigkeit und Freiheit. Die beiden Wege in die Zukunft sind klar konturiert:

Der eine führt in eine fossile Welt. Doch das Verbrennen von Öl, Kohle und Gas hat für unser Land, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft einen hohen Preis. Die globale Klimakrise wird befeuert. Ungesunde Luft in unseren Städten und Dörfern. Kaputte Wälder, verdreckte Meere. Und die Zunahme von Katastrophen wie Dürren, Bränden und Überschwemmungen sind die Folge. Die Abhängigkeit von fossiler Energie ist auch ein Sicherheitsrisiko. Deutschland hat sich in der Vergangenheit mit Gasimporten in fataler Weise von Russland abhängig gemacht. Trump möchte Europa mit fossilem Flüssiggas zurück in die Vergangenheit führen. Das macht Europa verwundbar und schwächt uns. Wir verlieren an Unabhängigkeit und fallen zusehends zurück gegenüber China, das die Technologieführerschaft auf den Märkten der neuen Klimatechnologien anstrebt, während unsere Unternehmer*innen aufgrund politischer Zickzackkurse keine Innovationskraft entwickeln können.

Der andere Weg ist der in eine grüne Zukunft. Diese Welt bringt die größtmögliche Sicherheit für uns alle vor den schlimmsten Klimafolgen. Und sie bewahrt unsere Heimat und unsere Natur. Unsere Meere und Flüsse sind sauber und gesunde Wälder geben uns Luft zum Durchatmen. Energie in Bürgerhand, Freiheit von Autokraten mit ihren dreckigen Energielieferungen und gut bezahlte Jobs in modernen Unternehmen. Kreativer Unternehmergeist, Gemeinwohl, Beteiligung und regionale Verankerung werden vereinfacht. Erneuerbare machen Energie günstig und uns unabhängig, Preise sind bezahlbar, die Teilhabe an Mobilität ist für alle gewährleistet und es zählen Gerechtigkeit, Innovation und soziale Stärke. Dafür hatte sich die EU auf einen green deal verständigt – um wettbewerbsfähig zu bleiben und Weichen für die Zukunft zu stellen.

Viele Menschen, Initiativen und Unternehmen haben sich bereits auf diesen Weg gemacht, weil er die Lebensqualität steigert und sich auch finanziell lohnt. Und es wurden bereits viele Fortschritte erzielt: ein Rekordausbau bei Wind und Solar, über eine Million neue Solaranlagen, viele Balkonkraftwerke, so viele Windrad-Genehmigungen wie nie, Wärmepumpen an Platz eins im Heizungsmarkt, und ein Rekordverkauf von E-Autos weltweit.

Der Kurs der neuen Regierung unter Friedrich Merz ist alarmierend. Statt den Klimaschutz voranzutreiben, erleben wir einen aktiven Rückbau zentraler Errungenschaften der Energiewende sowie seinen Angriff auf europäische Vereinbarungen– zum Schaden von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Statt Unabhängigkeit und dem Erschließen von Zukunftsmärkten, wird in Deutschland nach Gas gebohrt, das europäische Verbrenneraus 2035 infrage gestellt, die Förderung für eine klimaneutrale Industrie gekürzt und den Kohlekraftwerken neue Hoffnung gemacht. Verliererinnen und Verlierer sind all diejenigen, die in eine grüne, unabhängige Zukunft investieren wollen – ob als Familien, die auf Wärmepumpen umsteigen wollen, oder als Unternehmen, die in Solaranlagen, Speicher, E-Autos oder klimafreundliche Industrieprozesse investieren. Sie erleben derzeit Unsicherheit



statt Rückenwind. Den Herstellern von Wärmepumpen, Batterien, Solartechnik, grüner Industrietechnologie wird der Boden unter den Füßen weggezogen. Zehntausende Jobs hängen daran. Viele erinnern sich noch gut an das politische Versagen bei der Solarindustrie: Damals wurde eine Zukunftsbranche erst aufgebaut – und dann politisch abgewürgt. Heute findet die Zukunftsindustrie weitgehend in China statt, wodurch neue wirtschaftliche Abhängigkeiten entstanden sind. Solche Fehler darf die Bundesregierung nicht noch einmal machen. Aber die Merz-Regierung droht Deutschland dauerhaft von Gasimporten aus den USA abhängig zu machen. Während die US-Regierung unter dem Druck rechter Bewegungen und Lobbyinteressen massive Kürzungen in der Klimaforschung vornimmt, ergibt sich für Deutschland und Europa eine Chance. Wer jetzt entschlossen in Klimaforschung investiert, stärkt nicht nur die wissenschaftliche Exzellenz, sondern auch die industrielle Führungsrolle bei den Zukunftstechnologien.

Vor diesen verschiedenen Hintergründen ist es nur allzu verständlich, dass viele Menschen besorgt sind über unsere Zukunft. Wir wollen diese Herausforderung in einem gemeinsamen Kraftakt angehen. Wir setzen den Rahmen und schaffen zusammen Zukunft. Was wir als Gesellschaft trotz aller Krisen bereits zusammen in Deutschland erreicht haben, kann allen Mut für die Bewältigung dieser Aufgaben machen.

Wir machen den Weg frei für die grüne Zukunft

Wir wollen dafür begeistern, den Weg in die grüne Zukunft zu gehen, weil wir der Überzeugung sind, dass die Zukunft gut wird, wenn wir nach vorne gehen und gemeinsam dafür sorgen, dass es für alle gut wird.

Wir wissen aber auch: Fossile Konzerne verdienen gerade noch Milliarden, der Import von Erdöl, Gas und Kohle nach Deutschland ist mit fast 70 Milliarden Euro in 2024 immer noch lukrativ. Diese Interessen blockieren Klimaschutz. Klimaschutz ist deshalb eine Machtfrage. Es ist eine Auseinandersetzung darüber, welche Wirtschaft wir wollen. Wie das Geld verdient wird, und wer davon profitiert. Das auszusprechen, Konfliktlinien sichtbar zu machen, sehen wir als unsere Aufgabe. Nur wer Machtfragen ausspricht, kann die Konflikte um Klimaschutz nachvollziehbar und glaubwürdig erklären. Nur wer um Machtfragen weiß, kann sich auf die Auseinandersetzungen vorbereiten, die politisch geführt werden.

Der Weg in eine grüne Zukunft verlangt nun klare Ordnung und Orientierung: Märkte können konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden – durch verlässliche Leitplanken, die Planungssicherheit schaffen. Der Staat sorgt für Daseinsvorsorge und moderne Infrastruktur und setzt zugleich Rahmenbedingungen mit Regulierung, Preissignalen und gezielten Förderungen, etwa zum Aufbau grüner Leitmärkte und dem Hochlauf von Zukunftstechnologien. Gleichzeitig muss die Abhängigkeit von fossiler Energie beendet werden. Und fossile Konzerne müssen die Kosten für die Schäden übernehmen, die sie verursachen. Es braucht bei der Bundesregierung die Einsicht, die Natur endlich konsequent als Partner zu begreifen und als unsere Lebensgrundlage zu schützen. Nur so können wir Entwicklungspfade eröffnen, die Deutschland enorme Chancen für unseren Wirtschaftsstandort bringen: vom klimaneutralen Stahl über eine moderne, ressourcenschonende Chemie bis hin zur Elektromobilität und den erneuerbaren Energien als Jobmotor.





I. Klare Ordnung und Orientierung

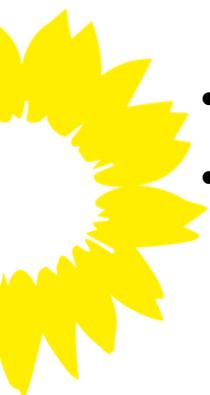
Rein in die grüne Zukunft heißt raus aus der fossilen Abhängigkeit – entschlossen, schnell und in allen Sektoren: Wärme, Strom, Industrie und Verkehr. Nur so sichern wir Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Zukunftsjobs. Dafür braucht es klare Regeln, verlässliche Investitionsbedingungen und eine Politik, die Märkte konsequent auf klimaneutralen Wohlstand ausrichtet. Verunsicherungen, wie durch das jüngste Infragestellen der Energiewende, sind Gift für alle. Für uns gilt:

- Der Staat gibt Planungssicherheit durch Leitplanken und zusätzliche Mittel für Investitionen, der Markt liefert Innovation und fossile Verursacher tragen die Kosten.
- Wir geben Orientierung mit verbindlichen Ausstiegs- und Einstiegspfaden: Weil Kohle bis 2030 faktisch unwirtschaftlich ist, müssen Beschäftigte und Regionen frühzeitig abgesichert werden und klare Perspektiven für neue Wertschöpfung erhalten. Sicherheit bietet ein Ablaufdatum für Gas und Öl: Sie sollen in Deutschland spätestens ab 2030 im Boden bleiben; LNG-Terminals dürfen fossiles Gas nur befristet importieren und werden danach zu Wasserstoff-Infrastruktur umgerüstet. Gleichzeitig übernehmen erneuerbare Energien, grüner Wasserstoff und Energieeffizienz unsere Energieversorgung. Nachhaltig und bezahlbar.
- Jede neue Investition wird erneuerbar ausgerichtet: Kein Gas-Kraftwerk ohne verbindlichen Umstiegsfahrplan auf grünen Wasserstoff und Wärmenetze werden Schritt für Schritt – u. a. mit Großwärmepumpen - grün.

II. Konsequente Ausrichtung der Märkte auf Nachhaltigkeit

Märkte bringen den Klimaschutz voran – wenn die Richtung stimmt. Dafür braucht es verlässliche Leitplanken, die Investitionen lenken und Sicherheit schaffen. Unternehmen, Investor*innen und Verbraucher*innen müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Kapital in zukunftsfähige Technologien und Produkte fließt. So entstehen Planungssicherheit, Innovationskraft und ein fairer Wettbewerb um die besten Lösungen für eine klimaneutrale Wirtschaft. Hierfür braucht es:

- Staatliche Nachfrage hilft grüne Leitmärkte zu etablieren: Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt.
- Klimaschutzverträge für die Industrie ermöglichen: bestehende Verträge werden verstetigt, neue Verträge werden ermöglicht und ausgebaut.
- Der Emissionshandel für Energie und Industrie (ETS I) ist ein seit 2005 bewährtes marktwirtschaftliches Instrument. Dieses Instrument darf nicht abgeschwächt werden und muss durch einen funktionierenden Ausgleichsmechanismus an den europäischen Außengrenzen und Schutzinstrumente, z.B. vor Dumping, begleitet werden. Finanzströme Richtung Zukunft lenken: öffentliches und privates Kapital erhalten klare Leitplanken.
- Die Nachfolge im Mittelstand unterstützen und mit der Möglichkeit einer neuen, zusätzlichen Rechtsform noch stärker am Gemeinwohl orientieren.
- Verbindliche Energieeffizienz-Mindeststandards setzen, damit die Verbraucher*innen von den besten Produkten profitieren.





Konkret: Finanzströme Richtung Zukunft lenken

Öffentliches und privates Kapital müssen in die Zukunft und nicht länger in die Vergangenheit aus Kohle, Öl und Gas fließen. Wir setzen auf klare Leitplanken, eine verlässliche EU-Taxonomie ohne Schlupflöcher sowie auf transparente Standards für Investitionen, die Klima, Umwelt und Wohlstand fördern. Angesichts der Dimensionen der Krisen ist eine verbesserte und konsistente EU-Regulierung für nachhaltige Finanzmärkte wichtiger denn je und es braucht auch darüber hinaus neue Antworten und mehr öffentliche Investitionsbereitschaft. Unser Ziel ist eine echte Kapitalmarktunion, die mit einheitlichen Regeln, starker Aufsicht und gemeinsamer Infrastruktur Europas zersplitterte Finanzmärkte integriert.

III. Ein Staat, der liefert: Starke Infrastruktur, verlässliche Daseinsvorsorge

Wir wollen ein Land, das einfach funktioniert. Ein Land, in dem öffentliche Infrastrukturen ausgebaut sind und allen zur Verfügung stehen. In dem Straßen, Brücken und Schienen zuverlässig und modern sind und alle Menschen Zugang zu einer gesunden Natur haben. Und in dem E-Autos dank einer ausgebauten Ladeinfrastruktur überall laden können sowie ein Land, in dem mit einem leistungsfähigen Stromnetz die Energie dorthin gelangt, wo sie gebraucht wird. Damit das gelingt, braucht es kontinuierliche Investitionen, klare Zuständigkeiten und eine vorausschauende und schnellere Planung. Nur so lassen sich Wettbewerbsfähigkeit, Mobilität und Lebensqualität langfristig sichern. Um das gewährleisten zu können, braucht es:

- eine grundlegende Reform der Schuldenbremse: Investitionen in unsere Zukunftsfähigkeit müssen ermöglicht werden. Infrastruktur-Turbo: verlässliche Nachfrage, Finanzierung in die erneuerbare, bezahlbare Zukunft, in der das Land funktioniert.
- Deutschland klimafit machen: mit Investitionen in Grünflächen, Feuchtgebiete, Parks und Teiche schützen wir die Menschen in unseren Kommunen besser vor den Folgen der Klimakrise, wie Starkregen oder Hitze.
- Planung und Genehmigung beschleunigen: klare Verfahren, digitale Abläufe und weniger Bürokratie, damit Investitionen schneller bei den Menschen ankommen.
- Fossile Lobbymacht darf die Zukunft nicht ausbremsen. Darum braucht es klare Regeln gegen fossile Einflussnahme.

Konkret: Infrastruktur-Turbo

Wir treiben den staatlich koordinierten Ausbau eines Wasserstoff-Kernnetzes voran. Industriestandorte, Häfen, Speicher und Importdrehscheiben werden verbunden. Wir beschleunigen den Ausbau der Stromnetze, Speicher und Ladeinfrastruktur, stärken Schiene und ÖPNV auch im ländlichen Raum und investieren in Rad- und Fußverkehr. Wir modernisieren Fernwärme und digitale Netze. So entsteht die Basis für neue Jobs, zuverlässige Versorgung und günstige Energie. Weil Wohnraum und Bauflächen keine Spekulationsobjekte sein dürfen, richten wir das Baurecht auf Gemeinwohl aus. Durch einen Bundesbodenfonds kann die öffentliche Hand Flächen gezielt für öffentliche Zwecke oder preisgebundenen Wohnraum verwenden. Öffentliche Infrastrukturprojekte werden mit Tarifbindung und fairen Löhnen umgesetzt.

IV. Rahmenbedingungen mit Regulierung, Preisen und gezielten Förderungen

Friedrich Merz setzt in der Klimapolitik einseitig auf höhere Preise für Verbraucherinnen und Verbraucher durch CO₂-Bepreisung. Menschen müssen vor einer möglichen sozialen



Schieflage durch kluge Politik geschützt werden. Mit einem ausgewogenen Instrumentenmix können die Klimaziele fair für alle und zugleich wirksam erreicht werden. Dabei gilt: Der Mix bleibt flexibel, doch beim Klimaschutz darf es keine Abstriche geben:

- Klare Regulierung gibt Orientierung: Unternehmen und Verbraucher*innen brauchen Investitions- und Planungssicherheit z.B. durch eine Vorgabe, dass ab 2035 nur noch Autos ohne Verbrennungsmotor neu zugelassen werden.
- Preissignale steuern wirtschaftliche Entscheidungen: Der CO₂-Preis ist ein wichtiges Instrument für effektiven Klimaschutz, muss aber moderat und verlässlich sein. Vorgesehene Instrumente zur Preisdämpfung vermeiden Preissprünge. Wir wollen Einnahmen u. a. über ein Klimageld zurückgeben. Der Europäische Klimasozialfonds unterstützt gezielt Menschen mit niedrigem Einkommen – dafür muss die Bundesregierung endlich einen Plan vorlegen.
- Förderung und Investitionen in Milliardenhöhe: Menschen und Unternehmen müssen Unterstützung bekommen, um sich aus der fossilen Kostenfalle zu befreien. Durch eine Preisgarantie beim Deutschlandticket und ein Social Leasing Programm, das deutsche und europäische E-Autos auch mit kleinem Geldbeutel erschwinglich macht, bleiben alle bezahlbar mobil. Wir setzen auf hohe Förderung, gestaffelt nach Einkommen.

Konkret: Heizungsförderung gestaffelt bis zu 70 Prozent als Vorbild

Bei der Förderung zum Einbau einer neuen Heizung haben wir eine grundsätzliche Neuerung eingeführt. Die Unterstützung kann bis zu 70 Prozent betragen, ist aber nach Einkommen gestaffelt. So können sich alle Menschen die neue Heizung leisten. Immer mehr Menschen sehen die ganz konkreten Vorteile für sich. Trotz verheerender Kampagnen gegen Wärmepumpen gelingt es Heizungsbauern so den Absatz erneuerbarer Heizungen wieder deutlich zu steigern, 2025 lagen Wärmepumpen erstmals vor dem Absatz von Gasheizungen. Auch die Sanierungsförderung muss nach Einkommen gestaffelt werden und soll für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Vermögen ausgebaut werden.

V. Verursachergerechtigkeit

Noch immer verdienen Geschäftsmodelle mit Kohle, Öl und Gas Milliarden – ihr Interesse gilt weniger der grünen Zukunft als dem kurzfristigen Profit. Daher setzen wir auf das Verursacherprinzip und nehmen die Haupttreiber der Klimakrise in die Pflicht: Öl-, Gas- und Kohlekonzerne mit Rekordgewinnen sowie extrem Reiche, deren häufig fossiler Lebensstil ein Vielfaches des 1,5-Grad-Budgets verbraucht.

- Eine Übergewinnsteuer für fossile Geschäftsmodelle rechtlich dauerhaft verankern und einen Klimaschadens- & Innovationsfonds einrichten: Einnahmen der Übergewinnsteuer speisen einen Fonds, dadurch stehen Mittel zur Verfügung, um sowohl die Bewältigung von Schäden zu finanzieren als auch Innovationen im Umgang mit der Klimakrise zu entwickeln.
- Kein Geld in die Vergangenheit - klimaschädliche Subventionen gehören endlich abgebaut. Wir fordern, das Dienstwagenprivileg schrittweise abzuschaffen. Jene, die überdurchschnittlich viele Emissionen verursachen, sollen ihren fairen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gerechter Klimaschutz heißt: die Hebamme mit ihrem notwendigen Kleinwagen entlasten und zugleich jene, die mit ihrer Lebensweise die Umwelt massiv belasten stärker in die Verantwortung zu nehmen.





Konkret: Übergewinnsteuer für fossile Geschäftsmodelle

Fossile Geschäftsmodelle müssen enden. Wer etwa mit Öl, Gas und Kohle Geschäfte macht, darf damit in unseren krisenhaften Zeiten keine exorbitanten Gewinne erzielen. Eine solche „windfall profit tax“ könnte, richtig ausgestaltet, hohe Milliarden-Beträge an Einnahmen in die öffentlichen Kassen bringen. Damit würden nicht Verursacher von Krisen immer reicher, sondern es stünde mehr Geld für das Gemeinwohl zur Verfügung. Bei der Ausgestaltung wollen wir uns nicht am leicht umgeharen „EU-Energiekrisenbeitrag“ orientieren, wie er in Deutschland galt, sondern das erfolgreiche italienische Modell aus dem Jahr 2022 zur Orientierung nehmen. Eine solche Steuer muss nun dauerhaft im europäischen Recht verankert werden und zur Anwendung kommen.

VI. Natur als Partner

Wir erleben täglich, wie die Klimakrise unsere Landschaften verändert: Wälder vertrocknen, Böden erodieren, Arten verschwinden. Das große Potenzial zum Einsparen von CO₂ liegt direkt vor unserer Haustür: in der Natur selbst. Gesunde Wälder, lebendige Meere, fruchtbare Böden und wiedervernässte Moore speichern CO₂, schützen vor Extremwetter und sie sichern die Existenzen von Menschen in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei. In unseren Städten und Dörfern schützen uns Bäume, Grünflächen, natürliche Bäche und Teiche sowie Fassaden- und Dachbegrünung. Natürlicher Klimaschutz lohnt sich doppelt und dreifach, denn er ist viel günstiger als aufwändige technische Verfahren und schützt gleichzeitig Klima- und Natur. Darüber hinaus wollen wir besonders in der Tierhaltung und Düngung Treibhausgase senken. Deshalb fordern wir:

- Waldgesetz klimafest machen und Wälder naturnah entwickeln
- Meere vor Ausbeutung und Verschmutzung wirksam schützen
- verbindliche Flächenziele zur Moorrenaturierung im Klimaschutzgesetz verankern und Wiedervernässung in Beschleunigungsgebieten vorantreiben.
- Mit klaren Regeln und verlässlicher Finanzierung - das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) verstetigen und ausbauen, über 2028 hinaus.
- Maßnahmen zur Umsetzung des EU-Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur finanziell absichern und Hürden für Naturschutzvorhaben umfassend abbauen.

Konkret: Landwirtschaft zum Partner der Natur machen

Unsere Landwirtschaft muss mit der Natur arbeiten - und zugleich krisenfest werden. Heute fließen 32 Prozent des EU-Haushalts in Agrarsubventionen, 6,3 Milliarden Euro nach Deutschland bislang profitieren besonders Großbetriebe mit viel Fläche. Das ändern wir: Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen - Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz. Und wir starten ein Anpassungsprogramm, damit Landwirtinnen und Landwirte trotz Hitze, Dürre und Starkregen weiter verlässlich Lebensmittel in Deutschland erzeugen können. Pläne von EU-Kommission und Bundesregierung zum Abbau von Umweltstandards bei der Agrarförderung und Kahlschläge zulasten von Ökolandbau, Vertragsnaturschutz und ländlichen Räumen lehnen wir ab.

